

## AKTUELL

PRESSEGESETZ

# Holprige Reform

Richard Graf

**Einstimmig verabschiedete am Mittwoch das Parlament eine Pressegesetzreform, die eigentlich niemanden so richtig zufrieden stellt.**

Sie hat das Format einer normalen Kreditkarte und scheint ähnlich begehrenswert: Gut 420 Personen sind derzeit im Besitz einer vom Luxemburger Presserat ausgestellten Pressekarte, die die TrägerInnen als „anerkannten Berufsjournalisten“ ausweist.

Seit der Reform des Pressegesetzes im Jahre 2004 - damals in „Gesetz über die Freiheit der Meinungsäußerung in den Medien“ umgetauft - hat der Wunsch nach Erhalt einer solchen Pressekarte merklich zugenommen. Da das neue Pressegesetz die mit der journalistischen Tätigkeit verbundenen Freiheiten sehr breit ansetzte und sich auch nicht auf die tagtäglich im Beruf stehenden JournalistInnen beschränkte, nahmen viele an, ein Anspruch auf die Pressekarte entstehe bei jeder noch so geringfügigen journalistischen Tätigkeit.

In dem Gesetz von 2004 sind die Voraussetzungen für den Erhalt einer Pressekarte nur sehr vage formuliert - kein Wunder, dass es schnell zu Konflikten kam, die in einigen Fällen sogar bis vor das Verwaltungsgericht führten. Die Karte soll im Prinzip bekommen, wer entweder als Angestellter eines Mediums journalistisch tätig ist, oder wer eine solche Tätigkeit regelmäßig ausübt und mit ihr ein „substantielles“ Einkommen erzielt. Darüber hinaus darf die betreffende Person nicht in irgendeiner Form Werbung betreiben. Journalistische Tätigkeit wurde als jene Arbeit definiert, die im Zusammenstellen, Analysieren, Kommentieren und redaktionellen Bearbeiten von Informationen besteht und im Auftrag eines Herausgebers geleistet wird. Die mit dem Ausstellen der Presskarten betraute Kommission des Presserates sah sich ob solcher allgemeiner Formulierungen mit einer immer diffuser werdenden Grauzone konfrontiert: Wer gilt als Herausgeber? Was ist ein „substantielles“ Einkommen? Wo fängt die Werbung an?

Als wenig hilfreich erwies sich der Blick über die Landesgrenzen. So ist es in Deutschland nicht unüblich, dass sich bekannte JournalistInnen gegen Bares etwa als Actimel-Anhänger oder Bon-Aqua-Adepten outen. Ein striktes Werbeverbot - wie es etwa die Franzosen kennen - soll hingegen die Unabhängigkeit der JournalistIn-

nen stärken. Ähnliches gilt auch für „Publireportages“, also journalistisch gehaltene Beiträge, die mit dem Segen (und dem Honorar) eines kommerziellen Auftraggebers abgefasst werden. Der vom Luxemburger Presserat verabschiedete Dentologiekodex orientiert sich hier eindeutig am strengeren französischen Vorbild.

Statt - wie in einer Parlamentsmotion vorgesehen - das gesamte Gesetz nach vier Jahren kritisch zu durchleuchten, beschränkten sich jetzt die Akteure - das Kommunikations-Ministerium, die parlamentarische Kommissionsmehrheit und das Büro des Presserates - auf einige punktuelle Änderungen, die in erster Linie das Pressekarten-Problem betreffen.

Dieses Vorgehen war nicht nach dem Gusto des Staatsrates, der in wesentlichen Punkten seine „opposition formelle“ ankündigte, sollte die weitgehende Öffnung des Gesetzes von 2004 rückgängig gemacht werden. Herausgekommen ist nun ein Kompromiss, der die Einführung der Kategorie eines „journaliste-professionnel“ vorsieht. Die Bedingungen zum Erhalt der jetzt im Gesetz mit dem Zusatz „professionnel“ versehenen Pressekarte werden verschärft. Nunmehr muss der Hauptanteil des Einkommens durch journalistische Arbeit erwirtschaftet werden - bloße „substantielle“ Einkünfte reichen nicht aus. Doch wurde auch festgehalten, dass es durchaus auch dem Gesetz entsprechende professionelle Journalisten geben kann, die nicht im Besitz einer entsprechenden Karte sind.

Am sichtbarsten wird diese Herabstufung des Presserates am Gesetz zur Vergabe der Pressehilfe: Die wurde bislang nur Organen zugesprochen, deren Redaktion aus wenigstens fünf vom Presserat anerkannten JournalistInnen bestand. Jetzt müssen es zwar weiterhin fünf professionelle JournalistInnen sein, aber der Zusammenhang mit dem Presserat wurde beseitigt.

Ob das neu formulierte Gesetz, das mehrfach zwischen Parlament und Staatsrat hin und her gereicht wurde, die angestrebte größere Rechtssicherheit bringen wird, muss die Praxis zeigen. Immerhin: Das neue Gesetz verleiht dem Presserat das Recht, als Zivilperson vor Gericht aufzutreten und die Interessen der Zunft auch gerichtlich zu verteidigen - eine Disposition, die man 2004 glattweg vergessen hatte.

## SHORT NEWS

## Il voit des femmes partout

Lors de la séance des questions au gouvernement à la Chambre des député-e-s, le député Fernand Kartheiser (ADR), est revenu se plaindre de ces êtres qui semblent tant le tourmenter : les femmes. Cette fois-ci, il a pris le Cid-femmes dans sa ligne de mire et plus particulièrement la bibliothèque de l'association. « Imaginez que l'on subventionne une bibliothèque uniquement pour les hommes », s'insurge-t-il, prouvant ainsi qu'il ne s'est jamais rendu sur les lieux qu'il critique. Ce que la ministre à l'égalité des chances, Françoise Hetto-Gaasch (CSV), n'a pas manqué de relever. Et de lui rappeler que les ouvrages que contient la bibliothèque s'adressent aussi aux hommes. En fait, les subsides accordés par le ministère sont conditionnés par deux critères que la ministre lui rappelle : l'association doit promouvoir l'égalité entre les femmes et les hommes et soutenir le plan d'action nationale en faveur de l'égalité. Ce qui lui permet d'ajouter que ces subsides peuvent également être alloués à des organisations masculines, « si des hommes se sentent tout autant défavorisés ». Des hommes qui passent leur temps à se plaindre du « pouvoir » des femmes? Décidément, il n'y a plus de vrais mecs.

## Diekirch sauvée ?

La nouvelle a moussé à travers les médias tel un tsunami de bière : la brasserie de Diekirch pourrait bel et bien être sauvée. Ce qui voudrait dire que toute la mobilisation populaire, les tonnes de courriers aux rédactions, les questions intéressées des députés et les interventions pathétiques des ministres plus ou moins concernés auraient payé. Vraiment ? A y regarder de près, l'annonce faite ce mercredi par la brasserie de Luxembourg Mousel-Diekirch parle surtout d'un nébuleux consortium d'investisseurs qui souhaitent conserver l'anonymat. On se demande alors quelles seront leurs intentions une fois le deal passé et les terrains de la brasserie rachetés par les investisseurs pour être loués à la brasserie de Luxembourg ? Si un jour ou l'autre, la brasserie devait malgré tout déclarer faillite, ce serait sûrement un grand gain pour ce consortium. De plus, le plan prévoit toujours de ne plus employer les personnes responsables de la logistique. Même si les responsables parlent encore d'un « plan de maintien dans l'emploi », il ne faut pas fermer les yeux devant l'évidence : un peu moins de la moitié des employés Diekirch devra quitter son entreprise. Au moins, l'honneur national est sauf !

## Abenteuerliche Bahnfahrt

Bisweilen gibt es seltsame Zufälle. Am vergangenen Dienstag blieb die Regionalbahn einer woxx-Redakteurin zwischen Bettemburg und Noertzingen einfach stehen. Just an diesem Nachmittag war die Chambre gerade dabei über den Gesetzesentwurf 6107 zu diskutieren. Das Gesetz schlägt Erneuerungen im Sicherheitssystem der Luxemburger Bahnen vor, so etwa die Implementierung des neuen europäischen Geschwindigkeitskontrollsystems ERTMS/ETC. Nachdem eine Dreiviertelstunde lang immer dieselbe Information durchgegeben worden war, nämlich dass die Passagiere sich gedulden mögen und es gleich weiterginge, wurden einige Reisende unruhig. Die Anregungen der Murrenden reichten von dem Vorschlag den Schaffner zu verprügeln bis dahin sich zu Fuß weiterzubewegen. Nach eineinhalb Stunden zermürbenden Wartens beschlossen die Fahrgäste über die Gleise nach Noertzingen zu wandern. So marschierte eine bunte Kolonne bestehend aus Jugendlichen, Müttern mit Kinderwagen und Rentnern an den Gleisen entlang. Das Spannendste war sicher, als ein fahrender Zug frontal auf sie zuraste, der netterweise noch bremste. In Noertzingen kam dann irgendwann ein Regionalzug, mit dem man die Reise mit zweistündiger Verspätung fortsetzen konnte. In der Presseerklärung der CFL heißt es man habe alle erforderlichen Maßnahmen eingeleitet, um den Passagieren die Weiterreise zu ermöglichen. Wenn dem so ist, dann scheint es in solchen Fällen dringend geboten, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und zu laufen.